

# China reguliert Plattformökonomie

## China: 200 Millionen Beschäftigte in der Gigwirtschaft; Beschwerden häufen sich; Regierung steuert gegen

Von Susanne Knütter

In den USA werden selbst Jobs, die jahrzehntelang zu den stabilsten zählten, zunehmend über Plattformen abgewickelt. Ein jüngst vom Forschungsinstitut AI Now veröffentlichter Bericht spricht von der »Gigification« der Pflege, von »Uber für Gesundheitsberufe«. Pflegekräfte werden demnach immer öfter als Subunternehmer angestellt; ohne Versicherungsschutz. Die Löhne werden gedrückt, indem per Algorithmus jene den Zuschlag für Aufträge erhalten, die den günstigsten Preis anbieten.

In der EU haben sich Deutschland und Frankreich lange gegen eine Regulierung von Plattformarbeit gewehrt. Nun prüft die Bundesregierung die Umsetzung der vor zwei Jahren erzielten EU-Vorgaben, darunter ein Direktanstellungsgebot für Fahrer von Lieferdiensten. Unterdessen arbeiten Konzerne wie Lieferando an der Auslagerung der Kuriertätigkeiten an Drittdienstleister.

In China hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei nun einen Zwölfpunkteplan zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformökonomie beschlossen. Bis 2027 sollen demnach einheitliche Arbeitspraktiken in der gesamten Plattformwirtschaft sichergestellt sein, wie *Xinhua* am Sonntag berichtete. Große Technologieunternehmen wie Meituan, Alibaba und JD sowie Logistikunternehmen werden demnach verpflichtet, die Vergütung an den Arbeitsaufwand anzupassen, sprich weniger Profit abzuwickeln. Zudem sollen bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden, darunter ein stärkeres Sozialversicherungssystem und mehr Arbeitsschutz bei extremen Wetterbedingungen. Die Plattformen müssen ferner mehr Transparenz gewährleisten, Arbeitervertreter konsultieren und ihre Algorithmen, mit denen Aufträge zugewiesen, Gebühren festgelegt sowie Zeitlimits gesetzt werden, zur Überprüfung vorlegen. Kurzum: Die behördliche Kontrolle der Plattformarbeit und ihrer zentralen Geschäftsmodelle wird verschärft.

Mittlerweile arbeiten 27 Prozent der chinesischen Arbeitskräfte – das sind 200 Millionen Menschen – in der Gigwirtschaft, wie die *South China Morning Post* auf Basis offizieller Daten berichtete. Grund sei unter anderem die gestiegene Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere in den Städten, die im März auf 16,9 Prozent geklettert sei. Die Erwerbslosenquote unter den 25- bis 29jährigen steige auch, habe bei nunmehr 7,7 Prozent gelegen. Die Gesamtarbeitslosenquote in den Städten: 5,4 Prozent.

Gleichzeitig seien die Beschwerden über die Arbeitsbedingungen in der Gigwirtschaft in den vergangenen Jahren rapide angestiegen. So hätten chinesische Lieferfahrer kürzlich in den sozialen Medien gegen Plattform-Updates protestiert, die es einigen Fahrern unmöglich machen, die Zielorte von Bestellungen einzusehen, bevor sie ihren Status auf »online« setzen. Dadurch seien sie praktisch dazu gezwungen, Aufträge anzunehmen, bevor sie prüfen können, ob diese logistisch und finanziell sinnvoll sind.

Auch die Provisionen der Plattformen, die auch in den USA oder Deutschland mit mindestens 25 bis 30 Prozent sehr hoch sind, sorgen bei Fahrern in China für Unmut. Die *South China Morning Post* gibt ein Beispiel: »Einige Plattformen erheben eine doppelte Provision – bestehend aus einer Pauschalgebühr und einem Prozentsatz des Fahrpreises –, was bedeutet, dass den Fahrern nach einer drei Kilometer langen Fahrt, die den Fahrgast acht Yuan gekostet hat, möglicherweise nur 5,1 Yuan (0,75 US-Dollar) bleiben.« Solch überhöhte Provisionen soll es in Zukunft auch nicht mehr geben.

<https://www.jungewelt.de/artikel/521834.meituan-alibaba-jd-uber-china-reguliert-plattformoekonomie.html>